

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 18

Artikel: Heimatloses Europa
Autor: Langer, Alexander
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093176>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Alexander Langer, Südtirol, Mitglied des Europäischen Parlaments

Heimatloses Europa

Europa hat die Folgen des Zweiten Weltkriegs endgültig überwunden. Ist es damit glücklich wieder bei den Ansätzen zum Ersten Weltkrieg angelangt?

Der Begriff des Nationalismus, im Westen so selbstverständlich negativ besetzt als schlechte Restanz der Vergangenheit, ist im Osten an einer ganz andern Art von Alternative zu messen. Dort sind die Völker eben erst aus einer Zwangs- und Fassadenmalerei des Internationalismus entlassen worden. In den Katakomben überlebt haben Werte wie Religion, Nation und Heimat. Sie bieten sich als Fundament für die — wenigstens unmittelbare — Zukunft an, denn sie sprechen im Unterschied zu den wirtschaftlichen Begründungen westlicher Integrationsideen die vorgegebenen Gemeinschaftsgefühle existentiell an.

Westlicher Funktionalismus und östliche Sinnsuche

In der westlichen Vereinigungsapologetik ist zu viel Anbetung von Wissenschaft, Technik und Geld dabei, berechnendes Denken in mehrfacher Hinsicht. Ob es dabei bleibt oder mehr dazu kommt, wird sich nicht zuletzt im Umgang mit dem nationalen Erwachen erweisen. Eine europäische Organisation ist noch keine europäische Heimat.

Den weiter geführten westeuropäischen Integrationsmodellen stehen ja inzwischen nicht nur die ostspezifisch erklärbaren Nationalismen gegenüber. Auch im Westen mehren sich Reaktionen auf Zentralismus, forcierte Modernisierung und Gleichschaltung. Die Palette reicht von autonomistischen Bewegungen bis zur Fremdenfeindlichkeit, und man darf das nicht alles über den gleichen Leisten schustern, sondern hat sich aufmerksam mit der Vielheit abzugeben.

Diese ist übrigens im Osten noch bunter als im Westen mit seiner technisierten Welt, seiner Massenkommunikation und seiner durchverwalteten Modernität. Der Westen ist zu einer Zivilisation mit gemeinsamen Merkmalen normal gekommen, wäh-

rend dem Osten ein ideologisch begründeter Zivilisationsersatz aufgestülpt wurde, der ausgespielt hat. Aber hier wie dort gibt es Spannung. Sie ist nicht als blosses Manko abzutun. Insbesondere enthält sie viel Echtheit und Vitalität; Europa braucht dergleichen Eigenschaften.

Zerfallssymptom und Aufbau Potenz

Das Ansteckungsvermögen nationaler Bewegungen ist jedenfalls gross. Die Forderung nach Selbstbestimmung auch über die seinerzeitigen Definitionen hinaus greift um sich und übertrifft die sozialen Konfrontationen an Sprengkraft. Ihr Katastrophenpotential ist am Beispiel Jugoslawiens offenkundig, und mehr steht uns bevor, auf diesem Kontinent wie anderswo. Es kann böse enden mit der nationalen Selbstfindung, die nicht an sich schon eine böse Sache ist.

Man kann ethnische und nationale Beben zunächst als Zerfallsenergie grossräumiger Ordnungen deuten; Österreich-Ungarn oder das Osmanische Reich sind plausible Beispiele. Und das hat viel für sich. Man darf einfach nicht erwarten, dass willkürlich definierte Staatsgebilde und Grenzen innerhalb und noch mehr ausserhalb Europas so bleiben, wie wir sie heute kennen.

Aber die blosser Zerfallsbetrachtung verpasst viel, ähnlich wie es die Betrachtung einer Ausgrabungsstätte als blosser Schuttaufbaumung täte. Die nationale Dynamik mag sich in den übernommenen Ordnungen unserer Zeit zerstörerisch auswirken und tut es zweifelsohne, aber die zerstörerische Auswirkung situiert ihre eigene Substanz überhaupt nicht. Sie hat ganz ausgesprochen originäre und konstruktive Aspekte, insbesondere die Aufwertung von sprachlicher und kultureller Eigenart, Tradition und spezifischer Lebensbewältigung jenseits der politischen oder ökonomischen «Stellenwerte», ohne die der westgebildete Mann von Welt nicht auszukommen vermag.

Es gibt heute rund 170 souveräne Staaten und gut 5000 eigene Sprachen. Da muss es schief herauskom-

men, wenn man diese multiple Realität auf universale Richtigkeiten zu trimmen sucht. Dann wird der ganze Reichtum jämmerlich reduziert: auf bloss eine einzige Art von Entwicklung, die der modernen Industriegesellschaft; auf eine einzige Art der politisch-rechtlichen Ordnung, die des heutig gemachten sogenannten Nationalstaates; auf eine einzige Art von Ökonomie, die vom Weltmarkt dominierte Geld- und Profitwirtschaft.

Das muss Widerstände hervorrufen, und wie sie zu überwinden seien, ist die falsche Frage. Sie enthalten nämlich die positive Aufforderung, abseits vom «Fortschritt» — und durchaus auch quer dazu — verschiedene Ökonomien, Kulturen und Formen der Gemeinschaftsgestaltung zu erhalten. Ihre Existenz mag unrentabel und gewissermassen störend sein, aber ihre Vitalität macht sie zur Fortführung geeignet, falls man sie nicht mit den Mitteln wirtschaftlicher, politischer oder gar militärischer Gewalt fertigmacht.

Der Zwiespalt der Bewertung

Die nationalen Bewegungen sind nicht entweder destruktiv oder konstruktiv. Sie sind beides zugleich und beides durchmischt. Gerade das macht die jeweilige Beurteilung so schwer.

Wo heute Balten oder Kaukasier, Südtiroler oder Basken, Kurden oder Lappen ihre jeweilige Sache verfechten, gibt es gefächerte Ziele und gefächerte Reaktionen darauf. Hinter dem Streben nach Eigenständigkeit kann die Eigenstaatlichkeit gemeint sein, muss es aber nicht.

Und der Beobachter dieser Prozesse? Er kann es reflexmässig mit den Kleinen halten, schon als Reaktion auf Zentralismus und grossräumige Bürokratie. Oder er kann den blindwütigen Nationalismus fürchten, mit allen Folgen vom Pogrom bis zum Krieg. Er kann das nationale Problem gesamthaft oder fallweise dieser oder jener Betrachtungsweise unterziehen, wobei ein allgemeiner oder separater Zwiespalt auch noch möglich ist. Dann wünscht man sich

etwa im Falle Jugoslawiens einen Weltgendarmen her, dessen Aufkommen man sonst gerade fürchtet.

In Osteuropa (insbesondere, aber nicht ausschliesslich) wecken frühere plurinationale Ordnungen bis zur mittelalterlichen Reichsidee heute nostalgische Gefühle, und solche könnten morgen — wer weiss? — auch der sozialistischen Vergangenheit gelten. Gleichzeitig hat Westeuropa die supranationale Integration auf seine Fahnen geschrieben, und ein föderativer Mittelweg verspricht praktisch nirgends Erfolg. Gebilde wie die frühere Sowjetunion, Jugoslawien und bereits schon die Tschechoslowakei erweisen sich nach dem ideologischen und machtmässigen Zusammenbruch des gehabten Systems als unfähig, den Föderalismus als solchen noch zu retten oder neu zu gestalten.

Und das gilt nicht nur für den Osten. Selbst Länder wie Belgien oder Kanada sind in ihrem Zusammenhalt gefährdet, und der Genosse Trend hat auch anderswo umgeschwenkt. Kontinentale Vereinigungen auf der fraglosen Grundlage der gegebenen Staatlichkeiten waren gestern noch ein Traktandum, und heute erschüttern nationale oder ethnische Zwistigkeiten die Staaten oder drohen es demnächst zu tun. Das gilt für Afrika, Lateinamerika und asiatische Grossregionen.

Falsche Attribute der Selbstbestimmung

Ist damit der Nationalstaat, ausgerufen von den jeweiligen Völkern oder gar Volksgruppen, wieder im Kommen? Ist der Gedanke völkerverbindender Zusammenschlüsse als aufklärerische Illusion abzuschreiben? Deutet nicht die Widersprüchlichkeit des westeuropäischen Integrationsprozesses selbst in die gleiche Richtung?

So denken heute in der Tat vor allem jene Leute, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker gleichsam zum Fetisch erhoben haben. Diesem Recht wollen sie für eine neue Ordnung der Welt den Vorrang

geben. Nur ist es leichter anzurufen als zu erfassen.

Plausiblerweise sollte die Selbstbestimmung mittels Volksabstimmung stattfinden, aber was ist dafür der richtige territoriale oder ethnische Rahmen? Welche Minderheiten haben einen Anspruch auf separate Urnengänge und welche nicht? In der Regel gibt es keine kompakte Siedlungsgebiete für ein jeweils alleiniges Volk, und praktisch ist jede Grenzziehung nach ethnischen Gesichtspunkten anfechtbar. Die Durchsetzung von Nationalstaatlichkeit ist schon aus diesem Grund konfliktträchtig, und die aufgestauten Probleme der Scheinlösungen zuvor tun ein übriges hinzu.

Jedem Staat seine Nation und jeder Nation ihren Staat. Das war das Kriterium gewesen, das nach dem Ersten Weltkrieg grundsätzlich generell anerkannt und praktisch generell missachtet wurde. Damit verbunden waren das Recht auf Souveränität und das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten: nationalstaatliche Prerogative, die man zu lange zu wenig hinterfragt hat.

Das Element an Willkür hinter solchen «objektiven» Kriterien gewahrt man oft genug daran, wie die Vertreter der eigenen erreichten Nationalstaatlichkeit mit den Vertretern der nicht erreichten Nationalstaatlichkeit innerhalb der Staatsgrenzen umgehen, die Türken mit den Kurden etwa oder die Rumänen mit «ihren» Magyaren. Da gibt es Widersprüchlichkeiten und auch Heuchelei.

Das kommt auch in der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 zum Ausdruck. Sie bejaht das Selbstbestimmungsrecht der Völker im gleichen Atemzug wie die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen. Das ist so sinnig wie das Recht auf freie Vereinigung in einem Einparteiensstaat.

Internationale Gremien haben sich aus Kompromissgründen schon immer darauf spezialisiert, Illogizismen am Laufmeter zu produzieren, aber wenn es um existentiell wichtige Dinge geht, kann man damit nicht ewig

weiterleben. Die Kriterien von 1918, durch die Praxis ohnehin durcheinandergerüttelt, bedürfen der Überprüfung auch im Gedanklichen. Das Prinzip der Nichteinmischung insbesondere stösst an Katastrophengrenzen. Ein Staat etwa, der von seinem souveränen Recht Gebrauch macht, alle seine Gewässer zu vergiften, belastet auch den Rest der Welt, und dieser muss sich schon deshalb einmischen dürfen. Insgesamt ist die Interdependenz zur Massgeblichkeit geworden, und staatliche Hoheitsrechte lassen sich da nicht einfach aussparen.

Wie passt da der «zeitgerechte» Drang zu mehr Nationalstaaten mit mehr Souveränitätsansprüchen? Er passt überhaupt nicht, solange er mit der Fiktion verbunden ist, jedes Volk brauche zu seiner Verwirklichung ein ethnisch homogenes Territorium und eine eigene Souveränität. Das ist ein ethnischer Exklusivismus, der in seiner extremen (aber leider real vorkommenden) Form zur Zwangsinklusion oder zur Zwangsexklusion der «anderen» führt, also zur Unterwerfung oder Vertreibung. Mit «Begleiterscheinungen» bis zum Massaker.

Zum Europa der Regionen . . .

Der ethnische Exklusivismus ist schlicht und einfach abzulehnen. Das aber heisst nicht, «dafür» den supranationalen Einheitsstaat Europa anzustreben und die Zwänge der einen Art mit den Zwängen der andern Art zu tauschen. Es geht um eine Politik des Zusammenlebens, bei der das Ziel nicht eine neue Staatlichkeit ist, sondern die unerlässliche institutionelle Absicherung gerade des sprachlichen, ethnischen, kulturellen und religiösen Pluralismus.

Natürlich kommt man nicht um die Frage herum, nach welchen Kriterien brauchbare Gliederungen entstehen und sich halten können. Darauf kann es keine rigorose Antwort geben, wohl aber eine prioritäre: die territoriale Dimension eher als die ethnische. Das gemeinsam bewohnte Gebiet ist nämlich vorrangig geeignet, die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben anzupacken.

Die kulturellen und sonstigen Bindungen einer Volksgemeinschaft brauchen deswegen weder gezeugnet noch unterdrückt zu werden. Es ist einfach so, dass eine föderalistische Konzeption nach dem Territorialprinzip mehr hergibt als Nationalstaatlichkeit oder gar deren verkleinerte Karikatur der Volksgruppenstaatlichkeit.

Ein Blick auf die real bestehenden Nationalstaaten bestätigt das: Die meisten von ihnen sind einerseits zu gross, um Demokratie und Partizipation zu gewährleisten, andererseits aber zu klein, um Probleme wie Umweltschutz oder Sicherheitspolitik zu lösen.

L'Europe des patries ist sicher besser als ein Europa der Volksgruppen, aber noch besser wäre in der Tat ein wohlverstandenes Europa der Regionen. Wohlverstanden wird es dann, wenn es nicht zum Lippenbekenntnis von Zentralisten verkommt, die bloss eine Etappe auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa sehen.

Der Föderalismus, den Europa heute braucht, muss gleichzeitig Kompetenzen nach unten und nach oben abgeben. Nach unten durch die Stärkung lokaler Autonomie und Selbstregierung, nach oben durch den Aufbau supranationaler Ordnungsstrukturen, soweit diese unabdingbar sind.

Dezentrale Macht heisst aber, dass ethnisch oder sprachlich besonders definierte Gemeinschaften und Minderheiten einen besonderen Anspruch auf adäquate politische Strukturen haben, und zwar nicht als Alibi-Übung.

. . . weist die EG den Weg und geht ihn nicht

Den Ansatz zu einem föderativen Europa der Regionen bietet heute die Europäische Gemeinschaft, die EG, vorausgesetzt, dass sie sich ändert.

Die EG enthält Elemente, die im positiven Sinn richtungweisend sind. Insbesondere hat ihr Integrations-

prozess historische «Erbfeinde» versöhnt, gemeinsame Institutionen bewerkstelligt, einen gemeinsamen Vorrat von Rechten, Pflichten und Chancen für die Individuen angelegt. Dabei sind wichtige Elemente der sprachlichen und kulturellen Vielfalt bisher grosso modo erhalten geblieben.

Dem stehen die Mängel der EG gegenüber. Das technokratische Gebilde, zentriert auf Ökonomie und Finanz, zeichnet sich durch einige fundamentale Defizite negativ aus:

- Demokratiedefizit. Dem EG-Ministerrat als Summe nationaler Exekutivorgane und der EG-Kommission als Gemeinschaftsexekutive, die nicht einmal vom Parlament gewählt ist, steht ein schwaches Parlament gegenüber. Andere demokratische Instrumente für Beteiligung und Mitsprache gibt es praktisch nicht.

- Föderalismusdefizit. Die Nationalstaaten machen die EG-Politik über den Rat. Regionalismus kommt kaum vor. Die EG sorgt in keiner Weise dafür, dass ihre Mitglieder sich zu einem Minimum an Autonomien, Minderheitenschutz und Dezentralisierung der Macht bereifinden.

- Europadefizit. Selbst wenn der Europäische Wirtschaftsraum zustande kommen und die EFTA bald in die EG aufgehen sollte, hält die Teilung zwischen dem reichen und dem armen Europa an. Die Osteuropäer werden in immer neue Wartezimmer verwiesen, um den Fortgang der westeuropäischen Verbindungen und Interessen nicht zu stören.

Es ist gut, wenn uns die EG ein Europa der Regionen verspricht. Aber sie muss sich schleunigst dazu tauglich machen, das Versprechen zu erfüllen. Sonst ist es der Nationalismus, der den Wettlauf mit der Zeit gewinnt.

(Zusammenfassende Wiedergabe des Vortragstextes: Christian Brügger)